

افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد بدین بوم و بر زنده یک تن مباد
همه سر به سر تن به کشتن دهیم از آن به که کشور به دشمن دهیم

www.afgazad.com

afgazad@gmail.com

European Languages

زبانهای اروپائی

Ausgabe vom 19.05.2018

Von André Scheer, Caracas

21.05.2018

Kampagne mit Chávez

*Präsidentswahl in Venezuela am Wochenende: Zehntausende bei
Großkundgebung Maduros*



*Die Hand Gottes: Diego Maradona (r.) unterstützt den Venezuelas Präsident Nicolás Maduro (l.) beim
Wahlkampf (Caracas, 17.5.2018)*

Foto: Ariana Cubillos/AP Photo/dpa

Zehntausende Menschen haben am Donnerstag die Avenida Bolívar im Zentrum der venezolanischen Hauptstadt Caracas gefüllt. Der offizielle Wahlkampfabschluss von Präsident Nicolás Maduro erinnerte in vielerlei Hinsicht an die großen Kundgebungen

seines Vorgängers Hugo Chávez an diesem Ort. Und der »ewige oberste Comandante«, wie der 2013 verstorbene Präsident von seinen Anhängern bis heute genannt wird, war erneut allgegenwärtig. An Laternenmasten hingen neben den Plakaten Maduros auch solche, die an Chávez erinnerten. Eine aufblasbare Chávez-Figur wackelte über den Köpfen der Menschen, Fahnen zeigten sein Porträt, und auch Maduro selbst bezog sich in seiner Rede immer wieder auf seinen Vorgänger, unter dem er lange Jahre Außenminister und dann Vizepräsident gewesen war. Großen Jubel gab es, als die »Cadillacs« auf der Bühne ihren Wahlkampfhit von 2012 schmetterten: »Chávez, Corazón del Pueblo« (Chávez, Herz des Volkes). Tausende Menschen sangen begeistert und aus voller Kehle mit.

In seiner Rede gab Maduro das ehrgeizige Ziel aus, bei der Präsidentschaftswahl an diesem Sonntag zehn Millionen Stimmen zu erreichen. Bei insgesamt rund 20,7 Millionen Wahlberechtigten dürfte das kaum zu erreichen sein. Doch dem Staatschef ging es weniger um diese konkrete Zahl. Vor allem wollte Maduro verhindern, dass sich seine Anhänger auf dem sicher geglaubten Wahlsieg ausruhen und zu Hause bleiben. »Ich kann den Kampf gegen die Korruption nur führen, wenn ihr mich wählt«, rief er den Versammelten zu. Ansonsten drohe der Ausverkauf des Landes und seine Unterwerfung unter den Internationalen Währungsfonds.

Auch wenn er namentlich nicht genannt wurde, war das ein Seitenhieb auf Maduros stärksten Kontrahenten. Henri Falcón schloss seinen Wahlkampf zeitgleich mit einer Kundgebung im Bundesstaat Lara ab. Seine zentrale Losung ist die sofortige Einführung des US-Dollars als Zahlungsmittel in Venezuela. Nur leise räumt er ein, dass das »sofort« überhaupt nicht möglich ist, sondern unter anderem eine Verfassungsänderung nötig wäre – für die es wiederum eine Volksabstimmung geben müsste. In Zeitungsanzeigen verspricht er trotzdem allen alles. Letztlich laufen seine Vorschläge darauf hinaus, die sozialen Errungenschaften der Bolivarischen Revolution rückgängig zu machen. Unter anderem stellt er in seinem Hundert-Tage-Programm in Aussicht, enteignete Ländereien und Unternehmen ihren »rechtmäßigen« Eigentümern zurückzugeben.

Falcón hofft auf die Stimmen derjenigen, die angesichts der anhaltenden Wirtschafts- und Finanzkrise das Vertrauen in Maduro verloren haben. Doch während der »Große Patriotische Pol« um Maduro trotz aller Differenzen geschlossen in die Wahl geht, sieht sich Falcón Angriffen aus dem eigenen Lager gegenüber. Die Mehrheit der rechten Oppositionsparteien hat zum Wahlboykott aufgerufen, das kann ihn im Zweifelsfall die entscheidenden Stimmen kosten. Auf Hauswänden in Caracas heißt es deshalb auch:

»Wenn wir wählen, werden wir gewinnen«. Zudem gibt es mit dem evangelikalen Pastor Javier Bertucci einen weiteren Kandidaten im rechten Lager.

Sollte sich Falcón jedoch durchsetzen, ginge Venezuela wohl noch turbulenteren Zeiten entgegen. Die vorgezogene Präsidentschaftswahl, die regulär erst zum Jahresende stattfinden sollte, bezieht sich auf die Amtszeit 2019 bis 2025. Deshalb werde der neugewählte Staatschef sein Amt auch erst im Januar 2019 antreten können, erklärte Sandra Oblitas, Vizepräsidentin des Nationalen Wahlrats (CNE), am Mittwoch gegenüber Pressevertretern. Falcón will dagegen bei einem Erfolg schon innerhalb von 14 Tagen den Amtseid ablegen – und zwar vor der Nationalversammlung, deren Entscheidungen vom Obersten Gerichtshof für ungültig erklärt wurden. Ignorieren will Falcón zugleich die im vorigen Juli gewählte Verfassunggebende Versammlung. Diese steht rechtlich jedoch über allen anderen Staatsgewalten, auch über dem Präsidenten.